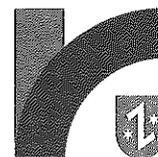


Der Magistrat

rüsselsheim
am main



010102050 | Stadt Rüsselsheim am Main | Fachbereich Zentrales
Marktplatz 4 | 65428 Rüsselsheim am Main

An den
Hessischen Landtag
Kanzlei
Schlossplatz 1 -3
65183 Wiesbaden

EINGEGANGEN
27. Juni 2016
HESSISCHER LANDTAG

Fachbereich Zentrales
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Kontakt:
Martina Schürkmann
T 06142 83-2306
F 06142 83-2344
Martina.Schuerkmann
@ruesselsheim.de

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: MS

Datum: 22.06.2016

Stellungnahme zu Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte wir Ihnen eine Stellungnahme zu den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA zur Kenntnis geben, die in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim am Main am 03.02.2016 mehrheitlich beschlossen wurde.

Wir möchten Sie bitten, diese Stellungnahme allen Abgeordneten zugänglich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Schürkmann
Fachbereich Zentrales

Bankverbindungen:
Rüsselsheimer Volksbank eG | IBAN: DE51 5009 3000 0020 0300 03 | BIC: GENODE51RUS
Kreissparkasse Groß-Gerau | IBAN: DE66 5085 2553 0001 0000 09 | BIC: HELADEF1GRG
SEB AG | IBAN: DE65 5122 0200 0012 6130 04 | BIC: ESSEDEFXXX
Postbank Frankfurt | IBAN: DE54 5001 0060 0064 1356 09 | BIC: PBNKDEFF

Magistrat der Stadt
Rüsselsheim am Main
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main
www.ruesselsheim.de

Auszug
aus der Niederschrift
der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main
am 03.02.2016

TEIL II

TOP 10 Stellungnahme zu Freihandelsabkommen

Es liegen folgende Anträge vor:

1. Antrag der Fraktionen Die Linke/Liste Solidarität und Bündnis 90/Die Grünen –
 Stellungnahme zu Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA
2. Antrag der SPD-Fraktion - TTIP

Im Laufe der Diskussion zieht die SPD-Fraktion ihren Antrag zurück.

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen Die Linke/Liste Solidarität und Bündnis
90/Die Grünen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit der Mehrheit der Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

- 1.) Die in geheimen Verhandlung befindlichen (TTIP¹ und TiSA²) bzw. geheim verhandelten und zur Ratifizierung vorliegenden Freihandelsabkommen (CETA³) bergen erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. Ob Krankenhäuser, Sparkassen, die Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Müllentsorgung, dem ÖPNV, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gas- und Stromversorgung, Krankenhäuser, Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen: durch CETA, TTIP und TiSA droht auf all diesen Gebieten eine erhebliche Einschränkung der demokratischen Handlungsautonomie und Gestaltungsmöglichkeiten und eine Absenkung von Standards im Sozialbereich, bei ArbeitnehmerInnenrechten und bei

Gesundheits-, Verbraucher- und Datenschutz sowie Umwelt- und Lebensmittelstandards.

2.) Der bisherige Prozess der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen ist in höchstem Maße intransparent und vernachlässigt erheblich die Rechte der gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Länderebene sowie die der Kommunen.

Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten, und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag) nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies entspricht nicht den demokratischen Standards. Vielmehr muss die Einbeziehung in die Vertragsverhandlungen so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist.

Daher fordert die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim einen vollständigen öffentlichen Einblick in alle Verhandlungsdokumente, sowie die Einbeziehung von Abgeordneten aller politischen Ebenen und der kommunalen Spitzenverbände in die Verhandlungen. Dies fordern wir für TTIP, CETA und TiSA.

3.) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim fordert, dass die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, von den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen – und allen weiteren Handelsabkommen – explizit ausgeschlossen wird.

Der politische Gestaltungswille darf in Hinsicht auf das öffentliche Beschaffungswesen nicht noch stärker eingeschränkt werden, als es nationale Regelungen und das europäische Vergabe- und Konzessionsrecht bereits heute vorsehen.

Das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen muss uneingeschränkt gewahrt werden.

Nicht zuletzt müssen Re-Kommunalisierungen weiterhin jederzeit und uneingeschränkt möglich sein. Sogenannte Stillstands- und Ratchetklauseln lehnen wir daher ab.

4.) Sonderklagerechte für Unternehmen gegen demokratisch beschlossene Gesetze und Beschlüsse auch von Stadtverordnetenversammlungen, die vor privaten Schiedsgerichten oder speziellen Investitionsgerichtshöfen verhandelt werden, darf es nicht geben.

5.) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim fordert die Landes- und Bundesregierung sowie die Abgeordneten der Landtage, des Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, die Ratifizierung von CDTA und jedes weiteren Abkommens, das die in diesem Beschluss dargelegten Forderungen nicht erfüllt, abzulehnen.

6.) Dieser Beschluss wird neben den in Punkt 5 aufgeführten Institutionen und Personen den kommunalen Spitzenverbänden zugeleitet.